

# Berliner Tageblatt

## und Handels-Zeitung

Für unentgeltlich eingekaufte Anzeigen übernimmt die Redaktion keine Verantwortung

Verleger: Carl Hübner, Berlin, Unter den Linden 107  
Vertrieb: Carl Hübner, Berlin, Unter den Linden 107

### Die Unruhen in Braunschweig und Köslin.

#### Feuergefechte mit Spartacisten. (Telegramm unseres Korrespondenten)

**II. Braunschweig, 18. September.**  
In der vergangenen Nacht haben in verschiedenen Stadtteilen einheimische und in der letzten Zeit zugezogene Matrosen und Spartacisten Unruhen verursacht. Am Hauptbahnhof bedrohten einige hundert Spartacisten und sonstige zweifelhafte Elemente eine kleine Abteilung von Reichswehrsoldaten, die von der Menge umzingelt und schikaniert wurden. Einem größeren Trupp gelang es schließlich, ohne Blutvergießen die bedrängten Soldaten zu befreien und die Menge zu zerstreuen. Zur gleichen Zeit haben bedrohliche Zusammenrottungen von politischen Unruhstakern am Hauptbahnhof und in der Wolfenbütteler Straße stattgefunden. Auf die Militärsache am Luermerwalde, wo sich ein Munitionslager und Waffensdepot der Reichswehr befindet, wurde von Spartacisten ein Überfall unternommen. Die Spartacisten setzten auf die Soldaten, wodurch ein Mann verwundet wurde. Den Tätern gelang es, unerkannt zu entkommen. In den Straßen der Stadt beobachtet man seit einigen Tagen auffallend viele auswärtige Spartacisten. Ganze Abteilungen auswärtiger Matrosen ziehen vom Hauptbahnhof in die Stadt ein. Aufsehend befinden sich jetzt die hier verbleibenden revolutionären Geheimbünde mit der Durchführung kommunistischer Aufstände, deren Hauptgedanke der Sturz der braunschweigigen Regierung, die Einführung der Räteverwaltung und die Errichtung des Proletariats ist. Da den höchsten Kommunisten und Unruhstakern außer jahrelangem Reichsmaterial große Mengen von Gewehren und sonstigen Waffen und Munition zur Verfügung stehen und die Garnison verhältnis-

mäßig schwach ist, darf der Ernst der politischen Lage in Braunschweig für die Regierung zurzeit nicht unterschätzt werden.

#### Blutige Zusammenstöße mit Minderern.

**Köslin, 17. September.** (W. T. B.)  
Nach Eintritt der Dunkelheit verdrängte die Menge gegen 8 Uhr in die Hotels eindringend, um Lebensmittel und Getränke zu erbeuten, was jedoch nicht gelang. Dagegen drang sie in die in der Neuen Straße gelegene Bauernhöfche ein und raubte Spirituosen. Darauf zog die Menge vor die Dienstwohnung des Landrats, in der die hochbetagte älteste Tochter des Landrats gefesselt wurde, before jedoch den Landrat nicht zu sprechen. Man schrie nach Schnaps und Spirituosen. In der Gebäude eindringend gelang nicht, da es durch ein hartes Gendarmeneingebot bemächtigt wird. Für die Nacht sind Vorwärtsmarchen getroffen; so wurde die Post von der mit Waffen ausgerüsteten Jugendwehr besetzt. Die sozialistischen Parteien, die zum Montag Zusammenkünfte gegen die Lebensmittelverteilung angelegt hatten, haben diesen Treiben durchaus fern. Ein sozialistischer Führer, der die Aufforderungen zu beruhigen versuchte, soll verprügelt worden sein.

**W. Stettin, 18. September.**

Über die Lage in Köslin wird uns noch gemeldet: Die Zeitfreiwilligenwehr räumte am späten Abend die Straßen, wobei sie von der Spinnwebwehr Gebrauch machen mußte. Es kam an verschiedenen Stellen der Stadt zu Zusammenstößen, bei denen es Tote und Verwundete gab, deren Zahl noch nicht feststeht. In der Nacht sind Truppenverräucherungen aus Stolz und Holberg eingetroffen, die die Straßen mit Maschinengewehren besetzten, ebenso die wichtigsten Gebäude der Stadt. Heute vormittag ist es zu neuen Minderern nicht gekommen.

### Posen unter polnischer Herrschaft.

(Von einem gelegentlichen Korrespondenten)

(Nachdruck verboten)

**Posen, im September.**  
Der Fremde, der heute Posen betritt, kann kaum mehr glauben, daß diese Stadt noch vor wenigen Monaten die jüngste Residenz des letzten Königs von Preußen gewesen ist. Die doppelte Grenzkontrolle in Bertchen und Kohn Tompff (Neumühl) oder in Kreuz und Bronki (Bronze) hat ihn schon gelehrt, daß er sich ins Ausland begab. Von der Demarkationslinie an verläßt ihn der vertraute Klang der deutschen Mutterprache, und wenn er auf dem Hauptbahnhof Posen aus der Gesellschaft seiner Mitreisenden heraustritt, findet er keine Aufschrift mehr, die er, ohne Kenntnis der slowakischen Sprachen, zu deuten vermöchte. Die wenigen Monate seit dem Dezemberumsturz scheinen die hundertjährige deutsche Prägung vollkommen weggewischt zu haben. Und wo die schönen, vom preussischen Staate errichteten Monumentalbauten sich breit in das neue Stadtbild drängen, da weht von ihnen die Sprache weißruss. Das Schloß und die Akademien hier Kollegiengebäude der neuen Universität, um die sich Politik und Wissenschaft jahrelang umgekreist haben, und die jetzt als rein polnische Bildungsinstitution innerlich einer kaum glaublich kurzen Frist geschaffen worden ist. Von der Oberprokuratur ist die alte Aufschrift abgemalt und die neue „Rzeczpospolita“ eingetauscht worden. Das deutsche Stadtbild heißt seit Ende August „Miasto Złoty Stolec“ (Goldener Stuhl). Und so geht es weiter: Straße für Straße, Platz um Platz, deren Aufschriften durch rein polnische ersetzt worden sind, soweit die Schilder überhaupt noch neu angebracht wurden.

Der Zentralkreis der Stadt, der Miltelmarkt, der einst die glänzende Parade der kaiserlichen Garnison dar, ist als „Polnische Freiheitstraße“ der Versammlungsort der politischen Gruppen bei besonderen Anlässen und die Plattform für Agitationsredner, meist Arbeiter, welche die Massen immer wieder zur „Befreiung der oberösterreichischen Provinz“ und zum Haß gegen die „deutschen Verbrecher“ anfeuern. Der alte Markt, an dem sich das wunderwolle, bis 1913 erneuerte alte Rathaus Giovanni Battista erhebt, hat wieder seinen alten Namen „Stary Rynek“ (der das alte bedeutet) angenommen; die Bismarck-Straße wird nicht kanalisiert, sondern nach dem neuesten polnischen Kanalarbau, der im deutschen Reichstage einst als unversöhnlicher Gegner des eisernen Kanzlers aufgetreten ist. Selbst die deutschen Richter haben keine Gnade gefunden: Marcinowski-Platz heißt die bisher nach Schiller benannte Anlage, der Goethe-Platz wurde zum Stadtpark umgewandelt.

Neberhaupt ist kein Unterschied gemacht worden zwischen Kunst und Politik, wenn der Feldzug gegen das Deutsche unternommen wurde, weder in den aufstrebenden Tagen der Internierungen im Juni, noch in jeder Berufsmäßigkeit der Demoskriptoren, der die Standbilder der Hohenzollern, Bismarcks, Gneisenaus, Jahn's des harnulofen Landeshochs am Kriegerbrunnen in den gleichen Straßenzug zerrten wie die Marmorbüsten Schillers. Und das ist ja überhaupt der Kernpunkt jener unheiligen Bestallung in diesem dem Charakter nach friedlichen Lande, sowohl in den vergangenen Tagen des Schmarrenkriegs wie in der Gegenwart der preussisch-polnischen Demokratie. Und das ist die tiefe Unterdeutung. Am deutschen Wesen sollte einst die polnische Welt genesen, die durch eine kleine Gnade fand in den Augen der Zerkassiten, und heute wieder alles schlecht gemacht, was deutsch ist. Und beide Male erglänzte der Amokläufer eines überhitzten Nationalismus die gegenwärtige Wirkung, daß das reine Rationalgefühl auf der anderen Seite umso lebendiger wird. Die Ausnahmen bestätigen die Regel.

Auch die polnische Presse macht gelegentlich Verweise, dem Deutschland und den Zeitgeist, in die diesen Geisteskräfte durch christliche Randgebungen ihre ideale Bestimmung in den neuen Verhältnissen fundieren haben, Gerechtigkeit widerfahren zu lassen. So brachte der „Dziennik Pozn.“ das agrarconservative Organ der polnischen Intelligenz kürzlich einen Artikel „Das neue Deutschland“, der in ziemlich lautiher Form die Entwicklung der neuen Verhältnisse durchaus nicht pessimistisch schätzte und ein ernstliches Verständnis für die deutsche Gegenwart zu erkennen gab. Es waren Auslassungen, an die man anknüpfen konnte zu einer Aussprache über künftige nachbarliche Beziehungen zwischen Deutschland und Polen. Aber für etwaige Optimisten kam am nächsten Tage der kalte Wasserstrahl, man merkte offensichtlich, welche Einsicht hinter den Kulissen am Werke sind, um jeden Anzeichen von Deutschheit zu beseitigen. Und so geht es weiter: der Gang im Gegensatz zu der Tendenz des oben erwähnten Artikels hand der Überzahl außerhalb der Redaktion geschrieben, in mancherlei Beziehung interessante Zeitarbeit des gleichen Wlottes am nächsten Tage, in dem es über die Leberchrift „Schlesien und Polen“ u. a. hieß:

„Wir stehen alle unter dem Eindruck der blutigen Ereignisse in Schlesien. Alle Städte veranlassen Versammlungen, in denen eine bewaffnete Hilfe für die oberösterreichischen Provinzen verlangt wird. Die polnische Regierung entwickelt eine lebhaft diplomatische Tätigkeit, durch die bisher erreicht worden ist, daß der Oberste Rat die Ausschaltung und Entsendung eines Besetzungskorps nach Schlesien angekündigt hat. Diese Ereignisse erinnern an die Posener Wortkämpfe vom Dezember und Januar. Wenn wir in Schlesien jetzt sind, sind Polen damals in Posen. Und es ist die Unterdrückung der deutschen Revolutionäre, die Veranlassung hierzu wiederum die deutschen Revolutionäre gegeben. Aber damals ging die Sache viel leichter. Nach drei Tagen sollte man Posen in der Hand, bei Posen wurde der Grenzschutz gelöst, Anwesenheit wurde nach Posen genannt, und der Rest der Provinz Posen ist bei Posen gefesselt worden automatisch ausgelassen. Die Entlassung des Grenzschutzes erweist sich als eine Kleinigkeit.“

Den Posener Aufsatz hat weder die Kacelnia Rada noch das Kommissariat beantwortet. Es ist eine bekannte Tatsache,

### Die provinzielle Autonomie Oberschlesiens.

Ein Dreimännerkollegium als Regierung.  
Die provinzielle Autonomie für Oberschlesien wird, wie wir erfahren, am 1. Oktober in Kraft treten. Es ist die Bildung einer Landesvertretung vorgesehen, die sich aus den von Oberschlesien gewählten Mitgliedern der National- und der preussischen Landesversammlungen sowie den Delegierten der politischen Organisationen zusammensetzen wird. Aus diesem Landesrat wird ein Dreimännerkollegium als Regierung gewählt.

### Ein besonderer Staatssekretär des Meubers?

Die Nachricht eines Berliner Mittelsblattes, wonach ein händiger Staatssekretär des Meubers, eines dem Minister beigegeben werden soll, dürfte, wie wir hören, verfehlt sein. Diese Einsetzung ist wohl geplant, es ist aber noch keine Entscheidung darüber gefaßt, da erst das Parlament darüber gehört werden muß. Auch die Verwirklichung des neuen Staatssekretärs steht noch nicht fest. Die Wahl wird angenommen, daß Graf Bernstorff dafür in Betracht kommt.

### Die Nichtigkeitsklärung zum Artikel 61.

Der Ausschuss für auswärtige Angelegenheiten hat, wie wir erfahren, die Nichtigkeitsklärung des Protokolls zur Nichtigkeitsklärung des Artikels 61 zugestimmt. Die Nichtigkeitsklärung wird der Entschluß durch den Reichern v. Bernstorff mitteilen lassen, daß Deutschland ihrem Ersuchen nachkommen wird.

### Die Zeitschriften in der Metallindustrie.

Über die Zeitschriften in der Metallindustrie wird nach den vorliegenden Nachrichten berichtet: Bei der Firma Borsig haben 75 Arbeiter, nämlich die Reichswehrwerker der Schmiede den Streik beschlossen. Damit ist das Werk zum Teil lahmgelegt, denn die anderen, nichtstreikenden Arbeiter können natürlich ihre Arbeit ohne die Tätigkeit der Streiker nicht vollenden. Das bedeutet eine schwere Schädigung des im Augenblick für die Reichswehr so dringend benötigten Vorratbestandes. Bei der Firma Daimler sind vier Abteilungen des Gießwerkes in Streik getreten und bei Schuchardt haben von 900 Mann 200 die Arbeit niedergelegt. Bei der Firma Lorenz in Tempelhof sind über 100 Arbeiter in Streik getreten. Bei Schwarzkopf Löwe, Siemens, Schuderer und Oberkasselerwerken Firmen sind keine Arbeitsunterbrechungen zu verzeichnen.

### Wiederansbruch der ägyptischen Aufstandsbewegung.

**Bein, 18. September.** (W. T. B.)  
Die Zeitung des Ausschusses der Nationalen Ägyptischen Partei teilt den Lesern mit, daß die ägyptische Revolution von neuem eingeleitet habe. Die blutige Unterdrückung der letzten Erhebung in Kopten durch die englischen Behörden habe zu einem Aufstand des ägyptischen Volkes ohne Unterschied der Klassen geführt.

### Mag Nordau als Präsidentschaftskandidat.

(Telegramm unseres Korrespondenten).  
**W. Bern, 18. September.**  
Bei einer in London abgehaltenen Jüdischen Versammlung am 17. September hat 70. Großräte Mag Nordau begünstigt der Schwedischer General Janowski Nordau als den möglichen Präsidentschaft des jüdischen Republik Palästina.

### Die Enthüllungen Bullitts.

Der Abbruch der geplanten Verhandlungen auf der Prinzengasse.  
(Telegramm unseres Korrespondenten).

**Saag, 18. September.**  
Aus London wird gemeldet: Samliche Blätter beschäftigen sich eingehend mit der Bullitt-Angelegenheit und dem Demont Lloyd Georges. Die „Times“ bringen heute zu der gongen Frage einen längeren Beitrag und veröffentlichen dazu Einzelheiten aus Bullitts Bericht im Senatsschuh. Bullitt führte unter anderem aus:

„Im Januar machte Lloyd George dem Vorschlag, in Paris eine Versammlung aller westlichen Parteien einzuberufen. Am 31. Januar löste dann Bullitt in einer Versammlung des Obersten Rats des Reiches, die Versammlung nicht nach Paris, sondern nach den Prinzengassen einzuberufen. Trotz der Opposition Clemenceaus wurde beschlossen, die Versammlung dort anzubereiten. Am 24. Februar sollte ich eine Unterredung mit Lloyd George und Clemenceau vereinbart. Am 19. Februar erfolgte das Attentat auf Clemenceau, und Lloyd George telegraphierte sofort nach London, daß dieses Attentat die Vollständigkeit Clemenceaus so haben würde, daß von einer Opposition gegen seine Wünsche nicht mehr die Rede sein könne. Dagegen wurde der Plan einer Versammlung auf den Prinzengassen fallen gelassen, und ich erhielt den Auftrag, nach London zu gehen, um festzustellen, wie man die dortigen Kämpfe zum Aufbruch bringen könnte, und um den Vorschlag der Sowjetregierung einzubringen. Die Reise wurde von allen Gruppen geheim gehalten. Nur Gogolowitsch und Amerika wußten davon. Bullitt erklärte weiter, daß der Vorschlag Gogolowitschs niemals veröffentlicht wurde. Dort, wo es sich um einen begünstigten Befehlsworter des Friedens auf der Grundlage des Demontschen Vorschlags genesen und habe die Angelegenheit sofort ausführlich mit Lloyd George und Emuts behandelt. Befonders Emuts sagte, daß man in dieser Richtung weitergehen solle. Lloyd George aber war dagegen. Er wies auf einen Artikel in der „Daily Mail“ hin und erklärte, daß die Opposition gegen den Plan einer Versammlung auf den Prinzengassen so groß sei, daß er nichts unternehmen könne. Nur wollte er jemanden nach London schicken, der überall in der Welt als konservativ bekannt war. Kommen wie Cecil Caspary, Emuts, Salisbury wurden genannt. Schließlich aber wurde aus daraus nichts. Lloyd George drängte später auf eine Veröffentlichung des Bullittschen Berichtes. Bullitt konnte jedoch niemanden finden, der bereit gewesen wäre, die Verantwortung für die Veröffentlichung zu übernehmen. Er führt dann weiter in seinem Bericht aus, daß sich Lloyd Georges Emuts nur auf die Haftung beziehen könnte, die in der Pariser Presse veröffentlicht wurde. „Denn das, was ich im Senat gesagt habe“, erklärte Bullitt, „kann weder Lloyd George noch sonst jemand dementieren.“

Der „Nieuwe Courant“ meldet aus Washington, daß Caspary sich geweigert hat, eine Erklärung über die Enthüllungen Bullitts abzugeben.

Die „Nieuwe Courant“ aus Washington meldet, wird die Debatte im Senat über den Friedensvertrag h 1919. Senator Borah, der eine Brandrede durch Amerikas nach ihm gegen den Vertrag zu sprechen, wurde zu einer wichtigen Republikanerkonferenz nach Washington zurückgerufen. Die Republikaner haben die Verhandlungen über den Vertrag noch verzögert dadurch, daß sie die erste Sitzung bis zur nächsten Woche hinausschieben. Die Demokraten protestierten heftig und wollten mit Gewalt die Republikaner zu einer schnelleren Aktion bewegen. Senator Sherman nannte Bullitt in einem ungeschickten Monarchen über die westliche Welt. Er sagte hinzu, Bullitt schände seinen Präsidentschaft durch, daß er eine fremden Regierung, deren Hauptstadt Genf sei, treue schwöre und daß er der erste Präsident des Völkerbundes sein wolle.